



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Kanzlerwechsel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Kanzlerwechsel



ürst Chlodwig von Hohenlohe ist vom Reichskanzleramt zurückgetreten. Als er vor sechs Jahren in einem Alter, wo nur wenig Auserwählte noch die Verantwortlichkeit hoher Staatsämter zu tragen vermögen, des Kaisers Ruf auf den verantwortlichsten Posten im ganzen Reiche folgte, er, den kein Ehrgeiz nach Macht und Ansehen, nach Titel und Orden leitete, und dem materielle Beweggründe ferner lagen als irgend einem, da sagte sich jedermann, der die Verhältnisse kannte, daß er ein schweres Opfer bringe dem jungen Kaiser und dem noch jüngern Reich, die einen Kanzler brauchten und nur ihn brauchen konnten. Es war eine unendlich schwere Entscheidung, die der Kaiser damals treffen mußte, und wie er sie traf, gereicht ihm zu hohem Ruhme. Der junge Kaiser berief den ältesten, vornehmsten Staatsmann deutschen Stammes zu seinem ersten Berater, nicht einen Streber ohne Grundsätze und Würde, der einer Willkürherrschaft am bequemsten gewesen wäre, und wie sie zu Dutzenden bereitwilligst zur Verfügung standen. Und der greise fürstliche Staatsmann hat dem Vertrauen seines Kaisers weit über menschliches Erwarten bis zur äußersten Anspannung seiner Kräfte entsprochen. Er scheidet von seinem Posten in einem Alter, wo auch ein Kiese wie Fürst Bismarck schon ein Greis war, der der Ruhe bedurfte, und er scheidet erst, nachdem der Kaiser und er selbst den neuen Kanzler unter den Staatsmännern gefunden hatten, mit so reicher Lebens- und Arbeitskraft, wie sie das Amt und die Zeit immer dringender forderte. Nur wenn er sich das vor Augen hält, wird der Geschichtschreiber der Wirksamkeit des Fürsten Hohenlohe gerecht werden können. Um so lauter sei schon heute sein Verdienst von uns Deutschen anerkannt, dieses leuchtende Beispiel deutscher Treue gegen den Kaiser und das Vaterland, und wahrhaft vornehmer und taktvoller Aufopferung den endlosen Widerwärtigkeiten gegenüber, die seine eigentümliche Stellung im Amt mit sich brachte.

Seine Reichskanzlerzeit bedeutet für den Fürsten Hohenlohe nur eine kurze Episode in einer langen verdienstvollen Laufbahn als Staatsmann. Erinnert

sei heute nur daran, daß er schon vor mehr als dreißig Jahren, 1866 bis 1870, bayerischer Ministerpräsident gewesen ist und als solcher es für seine patriotische Pflicht hielt, der großen deutschen Politik seines großen preußischen Kollegen in dem dafür noch am wenigsten zugänglichen Staate Süddeutschlands den Boden vorzubereiten. Nicht vergessen sei ihm namentlich sein Rundschreiben vom 9. April 1869, worin die deutschen Regierungen in weiser Voraussicht vor den Gefahren gewarnt wurden, die aus den im Vatikanischen Konzil verfolgten jesuitischen Plänen für die deutsche Politik zu erwachsen drohten. Zum Dank für seinen deutschen Patriotismus stürzte ihn dann die bayerische „Patriotenpartei,“ die in diesem „frommen“ Werk auch von der protestantischen Orthodoxy Bayerns warm unterstützt wurde.

Bekanntlich hat die junkerliche reaktionäre Fronde gegen den „neuen Kurs“ noch in den letzten Jahren den königlich preußischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe als den „süddeutschen Liberalen“ bezeichnet, den zu stürzen ihre Aufgabe sei, die rücksichtslos verfolgt werden müsse. Alle die hämischen, niederträchtigen Mörgeleien und Hekereien, die diese Fronde in der bekannten „Bismarckpresse“ jahrelang gegen die Politik und die Person des Kaisers zu richten für „preußisch-konservativ“ hielt, mußte in verschärfter Form Fürst Hohenlohe aushalten. Was in dieser Beziehung der ostdeutsche Adel geleistet hat, wird für immer ein unerbauliches Blatt in seiner Geschichte bleiben, die doch an rühmlichen so reich ist. Möge die Verirrung der Gemüter, die sich hier zeigt, bald einer bessern Gesinnung Platz machen, und der Hohenlohische „Liberalismus,“ der Hohenlohische Patriotismus, die Hohenlohische wahrhaft ritterliche Vornehmheit den adelichen und bürgerlichen Junkern in Preußen als leuchtendes Vorbild dienen, an dem sie sich in gehöriger Selbstzucht und männlicher Bescheidenheit zu der modernen gebildeten Aristokratie erziehen, die wir so dringend bedürfen.

Die Versuche, den Fürsten Hohenlohe zu „stürzen,“ sind Gott sei Dank an des Kaisers klarer Erkenntnis und seinem festen Willen gescheitert: Graf Bülow ist sein Nachfolger geworden.

Mit aufrichtigster Freude muß Deutschland auch diese Entscheidung des Kaisers begrüßen. Wo immer bisher Graf Bülow in die Öffentlichkeit getreten ist, was immer von ihm an thatsächlichen Erfolgen bekannt geworden ist, das hat in uns und in den gebildeten Kreisen, die uns nahe stehn, die Überzeugung zur Reife bringen müssen, daß er der rechte Mann für das Amt des obersten Beraters des Kaisers sei. Wenn auch er von der „Fronde“ — die freilich keine Partei ist, aber Parteien in wichtigen Fragen beherrscht — wiederholt höchst unglimpflich angefaßt, und wo er nicht gehorchen wollte, sogar gelegentlich mit dem Sturz bedroht worden ist, so spricht das für ihn, nicht gegen ihn. Unzweideutig hat der Kaiser durch seine Wahl den frondierenden Herren gezeigt, daß er durch die Opposition aufgewiegelter preußischer Junker ebensowenig in die Irre geführt wird, wie durch die Scheiterhaufenpolitik von Hofpredigern. Das wird heilsam wirken, und wie wir die Leute kennen, wird die konservative Opposition zunächst wohl sehr viel lebenswürdigere

Töne gegen Graf Bülow als Reichskanzler anschlagen, als sie gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Grafen Bülow für angebracht hielt. Schon daß die noch jüngst in den „Bismarckblättern“ versuchten Ausstreuungen über „Differenzen“ zwischen dem Kaiser und dem Auswärtigen Amt so eklatant Lügen gestraft worden sind, wird manchen unsrer verrannten Sunker zur Besinnung bringen.

Graf Bülow hat Gelegenheit gehabt, sich in der äußern Politik zu bewähren, auf einem Gebiet, auf das sich auch der bisherige Reichskanzler aus naheliegenden Gründen in der Hauptsache beschränken mußte. Der neue Reichskanzler wird darin voraussichtlich zu einer wesentlich andern Stellung veranlaßt werden. Einmal ist die auswärtige Politik Deutschlands jetzt schon durch das Vorwiegen wirtschaftspolitischer Rücksichten genötigt, viel engere Beziehung mit dem „Innern“ zu pflegen als früher. Die bevorstehende Neuordnung unsrer Zoll- und Handelspolitik spricht darüber deutlich. Dann ist aber Graf Bülow jetzt dem Kaiser auch für das richtige Arbeiten des Riesenapparats, zu dem sich das Reichsamt des Innern ausgewachsen hat, unmittelbar verantwortlich, und er ist außerdem auch preussischer Ministerpräsident geworden. Als solcher hatte sein Vorgänger besonders wenig einzugreifen, viel weniger durchzugreifen Veranlassung genommen. Hier wird sich Graf Bülow unter allen Umständen um das „System“, das herrschen soll, nicht nur zu bekümmern, sondern es auch zu bestimmen haben, soweit er es vor dem Kaiser zu vertreten hat. Es kann nicht geleugnet werden, und es war auch ganz natürlich, daß im letzten Jahrzehnt verschiedene Verwaltungsstellen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten mehr aus der Hand gekommen worden sind, als gut ist. Die Folgen davon machen sich an allen Ecken und Enden bemerkbar. Es ist eine sehr große Aufgabe, die in dieser Beziehung dem Grafen erwächst. Viele Widerstände werden überwunden werden müssen, denn so wie bisher geht es nicht weiter. Aber dazu scheint der neue „Chef“ ja gerade der rechte Mann zu sein: *suaviter in modo, fortiter in re.*

Die gewaltigen Aufgaben und Wandlungen, die das Reich in dem begonnenen Jahrzehnt wird lösen und durchmachen müssen, stehn uns allen vor Augen. Je weniger das politische Parteileben und die Parlamente uns Vertrauen einflößen können, um so höher muß es veranschlagt werden, daß wir volles Vertrauen zum Kaiser und zu den verbündeten Regierungen haben dürfen. Es wird eine der schönsten und um das Vaterland verdienstlichsten Aufgaben des neuen Kanzlers sein, im deutschen Volk das Vertrauen zu der kaiserlichen Politik, wie sie es verdient und braucht, um dem Reich eine herrliche Zukunft zu sichern, überall zu wecken und zu praktischer Bethätigung zu erziehn. Dann wird er auch die Parteien und die Parlamente wieder zu gesunder Wirksamkeit erzogen haben.

